

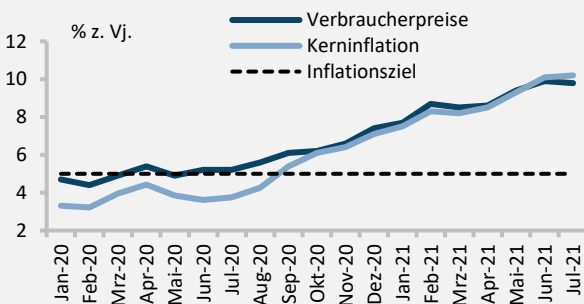
Steigende Inflation gefährdet makroökonomische Stabilität

Wie in den meisten Ländern weltweit, hatte die Corona-Pandemie auch negative Auswirkungen auf die belarussische Wirtschaft. Während der BIP-Rückgang eher moderat ausfiel, ist eine rasch steigende Inflation zu beobachten, die derzeit bei 9,8% im Jahresvergleich liegt. Dies steht im direkten Zusammenhang mit der Abwertung des belarussischen Rubels, der 2020 um knapp 20% gegenüber dem US-Dollar fiel. Die belarussischen Behörden reagierten schnell auf den sich abzeichnenden Inflationsdruck mit einer Reihe von administrativen Begrenzungen des Preisanstiegs. Aus wirtschaftspolitischer Sicht sind administrative Maßnahmen jedoch kein geeignetes Instrument zur Inflationsbekämpfung. Der Fokus der Behörden sollte daher vor allem auf einer stärkeren Straffung des geldpolitischen Kurses liegen, um die hohe Inflation zu senken und so wieder makroökonomische Stabilität zu gewährleisten.

Inflationsdruck nimmt deutlich zu

Die belarussische Wirtschaft hat das Pandemie-Jahr 2020 mit einem im internationalen Vergleich eher moderaten Rückgang des realen BIP von 0,9% beendet. Neben Corona zeichnet jedoch seit August 2020 auch die anhaltende politische Krise ein deutliches Bild der Unsicherheit. Dies alles führt zu deutlichen Verwerfungen der makroökonomischen Stabilität, was sich vor allem in der stark zunehmenden Inflationsdynamik widerspiegelt. Seit August 2020 befindet sich der Anstieg der Verbraucherpreise über dem von der Nationalbank gesetzten Ziel von 5% und entfernt sich seitdem kontinuierlich weiter davon weg. So lag die Inflation im Juli 2021 bei 9,8% z. Vj.; die Kerninflation war mit 10,2% sogar zweistellig.

Entwicklung der Inflation

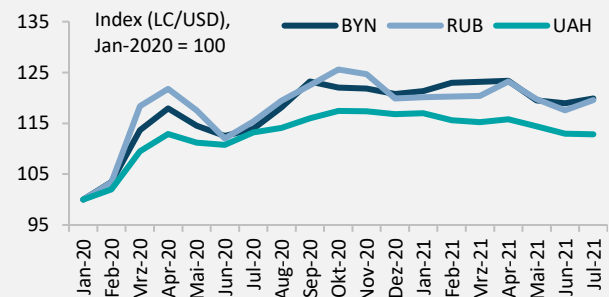


Quelle: NBRB

Einer der Hauptgründe für den wachsenden Inflationsdruck ist die ungünstige Wechselkursdynamik (der belarussische Rubel wertete 2020 knapp 20% gegenüber dem US-Dollar ab) und der damit verbundene „pass-through“ auf die Verbraucherpreise.

Auch wenn die empirischen Schätzungen variieren, nimmt dieser Effekt in Zeiten von starken Wechselkursanpassungen meistens zu. Ein weiterer Faktor war auch das starke Lohnwachstum (2020: nominal 19% zum Jahresende), welches sich trotz der globalen Krise auch nach den Wahlen im August 2020 fortsetzte. Dies führte zu einem Inflationsdruck sowohl von der Angebots- als auch der Nachfrageseite.

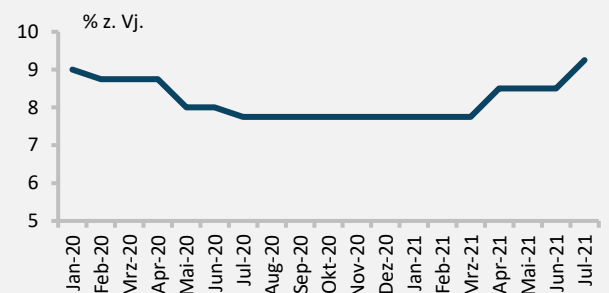
Wechselkursentwicklung



Quelle: Nationalbanken, GET-Berechnungen; Anmerkung: Anstieg des Index bedeutet Abwertung

Die weltweite Corona-Krise führte insgesamt zu einem Abwertungsdruck auf breiter Front, nicht nur in Belarus. Schwächere Wechselkurse in den Schwellenländern waren vielmehr ein internationales Phänomen und durchaus ein Teil der wirtschaftspolitischen Anpassung an die Krise.

Entwicklung des Leitzinses

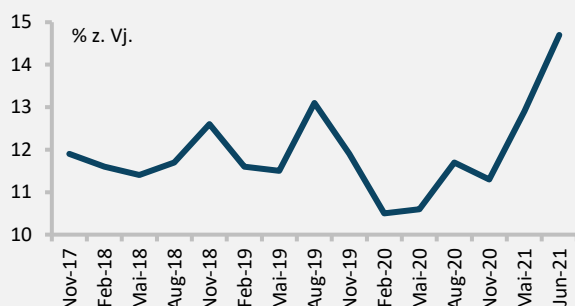


Quelle: NBRB

Eine Straffung des geldpolitischen Kurses in Belarus ist unumgänglich, um dem aktuell hohen Inflationsdruck zu begegnen und somit wieder makroökonomische Stabilität zu gewährleisten. Es sollte jedoch angemerkt werden, dass aufgrund der hohen Dollarisierung und der Praxis der direkten staatlichen Kreditvergabe die geldpolitische Transmission nur eingeschränkt funktioniert. Die Nationalbank von Belarus hat lange gezögert, bevor sie im April 2021 das erste Mal mit einer Anhebung des Leitzinses reagierte; eine weitere Erhöhung folgte im Juli 2021. Eng damit verbunden ist auch die Frage der Glaubwürdigkeit der Nationalbank, welche mit dem Mandat der Bewahrung der

Preisstabilität betraut ist. Zur Messung der Glaubwürdigkeit werden oft Inflationserwartungen der Bevölkerung herangezogen; eine entsprechende Umfrage, welche allerdingst erst seit 2017 existiert, führt die Nationalbank durch.

Inflationserwartungen der Bevölkerung



Quelle: NBRB; Inflationserwartungen für die nächsten 12 Monate

Grundsätzlich signalisieren die hohen, zweistelligen Inflationserwartungen eine eher geringe Glaubwürdigkeit der Geldpolitik in der Bevölkerung. Aktuell hat sich das Bild jedoch nochmals deutlich verschärft: Während die Erwartungen Anfang 2020 noch bei 10,5% lagen, stiegen sie im Juli 2021 deutlich auf 14,7% z. Vj. an. Auch die administrative Preisregulierungen, welche von den belarussischen Behörden oft als ein paralleles Instrument zu der von der Nationalbank betriebenen Geldpolitik eingesetzt werden, konnten weder die steigende Inflationsdynamik noch die Erwartungen stabilisieren.

Administrative Preisregulierung ist wenig effektiv

Preiskontrollen haben in Belarus eine lange Tradition und werden häufig von verschiedenen Verwaltungsorganen mit parallelen und sich teilweise überschneidenden Zuständigkeiten eingesetzt. Die wichtigste Rechtsgrundlage ist dabei der Präsidialerlass Nr. 72 vom 25. Februar 2011 „Über verschiedene Fragen der Preisregelung in der Republik Belarus“. Darüber hinaus wird dieser Regulierungsrahmen in mehreren nachfolgenden Rechtsvorschriften weiter differenziert. Grundsätzlich ist Preisregulierung bei natürlichen Monopolen, marktbeherrschenden Stellungen, Medizinprodukten und in anderen gesetzlich vorgesehenen Fällen möglich.

Auf den sich abzeichnenden Inflationsdruck reagierten die belarussischen Behörden recht schnell, indem sie am 30. März 2020 den Ministerratsbeschluss Nr. 184 zur vorübergehenden administrativen Begrenzung des Preisanstiegs sogenannter „gesellschaftlich wichtiger Güter“ (Grundnahrungsmittel) verabschiedeten. Dieser erste Schritt wurde im Laufe der Zeit weiter ausgebaut und angepasst; aktuell gilt Beschluss Nr. 100 vom 25. Februar 2021). Wie die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, betreffen die administrativen Maßnahmen insbesondere Importeure, da sie die gestiegenen

Einkaufspreise nicht mehr standardmäßig an ihre Kunden im Inland weitergegeben können und somit besonders unter den Folgen der Abwertung des belarussischen Rubels leiden.

Aus einer wirtschaftspolitischen Sicht sind administrative Preisregulierungen negativ zu beurteilen. Eine mikroökonomische Standardanalyse von Preisobergrenzen zeigt, dass sie in den meisten Fällen zu einer Verknappung der betroffenen Güter führen, womit es insgesamt zu Wohlfahrtsverlusten kommt – sowohl für die Produzenten als auch die Konsumenten.

Fazit

Belarus ist derzeit mit einer hohen Inflation konfrontiert, welche deutlich über dem Ziel der Nationalbank von 5% liegt. Angesichts der vielen wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die mit einer höheren Inflation verbunden sind, sollten die Behörden ihr Augenmerk auf die Inflationsbekämpfung richten, um wieder makroökonomische Stabilität zu gewährleisten. Dies sollte jedoch mit den richtigen Instrumenten erfolgen; andernfalls droht die Gefahr, den eigentlichen Zweck zu verfehlen und stattdessen mit zusätzlichen wirtschaftlichen Problemen konfrontiert zu werden. In erster Linie ist nun die Nationalbank gefragt, ihren geldpolitischen Kurs zu straffen und damit auch zu einer mittelfristigen Stärkung der Glaubwürdigkeit der Geldpolitik in Belarus beizutragen. Wenn das Ziel darin besteht, die Kaufkraft bestimmter Verbrauchergruppen zu schützen, sollten die Behörden gezielte Hilfen zur Unterstützung einkommensschwacher Haushalte einsetzen, anstatt Preisobergrenzen einzuführen. Ebenso würde ein fairer und transparenter Wettbewerb in allen Wirtschaftssektoren sicherstellen, dass die Unternehmen keine übermäßigen Gewinnspannen erzielen und somit zu erschwinglichen Preisen für alle Verbraucher beitragen.

Autoren

Dmitry Chervyakov, chervyakov@berlin-economics.com

Robert Kirchner, kirchner@berlin-economics.com

Alexander Ließem, alexander.liessem@bnt.eu

[Dieser Newsletter basiert auf Policy Paper 01/2021.](#)

Herausgeber

Robert Kirchner

[Subscribe / unsubscribe newsletter](#)

German Economic Team

www.german-economic-team.com

Finanziert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), berät das German Economic Team (GET) die Regierungen der Länder Ukraine, Belarus, Moldau, Kosovo, Armenien, Georgien und Usbekistan zu wirtschaftspolitischen Fragen. Mit der Durchführung der Beratung wurde Berlin Economics betraut.